

16 Millionen Dollar »Blüten« entdeckt

Köln (dpa). Das Bundeskriminalamt hat in einer Druckerei in Köln und mehreren Depots 16 Millionen Dollar Falschgeld sichergestellt. Das BKA hatte 21 Gebäude in Köln, Düsseldorf, Leverkusen, Bergisch-Gladbach, Leipzig und Frankfurt am Main durchsucht. Gegen drei Männer wurden Haftbefehle erlassen. Die Bundesbank bezeichnete die Dollarfälschungen als hochwertig.

Lehrer klagen über Bedrohung im Netz

Düsseldorf (dpa). Über eine zunehmende Zahl von Beleidigungen und Bedrohungen durch Schüler im Internet klagt der nordrhein-westfälische Lehrerverband. »Die Formen der Attacken ufern aus«, sagte Präsident Peter Silbernagel am Freitag. In Gewalt-Computerspielen würden Lehrer zu Zielscheiben, auch vor Morddrohungen machten manche Schüler im Internet nicht halt.

Steril: Arzt muss Frau entschädigen

Köln (dpa). Das Oberlandesgericht Köln hat einer Patientin (35) wegen fehlender Risikoauflärung 40 000 Euro Schmerzensgeld zugesprochen. Die Frau war in eine Klinik gekommen, weil es bei der Krebsvorsorge einen auffälligen Befund gegeben hatte. Die Ausschabung der Gebärmutter führte zur Sterilität der Frau. Der Arzt hatte sie nicht über dieses Risiko aufgeklärt. **Az. 5 U 180/05**

Autofahrerin stirbt bei Unfall auf B 239

Höxter (WB/rob). Eine Frau ist Freitag bei einem Verkehrsunfall auf der B 239 am Kloster Marienmünster ums Leben gekommen. Um 13.35 Uhr war ein Opel-Fahrer auf die Gegenfahrspur geraten. Er rammte einen Buli und dann den Pkw der Frau mittleren Alters. Sie wurde im Wagen eingeklemmt. Die Ärzte konnten die Autofahrerin, die einen Wagen mit Lipper Kennzeichen fuhr, nicht retten. Sie starb noch am Unfallort.



Die Fahrerin konnte nur tot aus dem Wrack ihres Autos geborgen werden. Foto: Rebecca Struck

Masern: Zwangsimpfung gefordert

Infektionsschutzgesetz lässt Schutzmaßnahmen zu – Minister soll handeln

Von Ernst-Wilhelm Pape

Bielefeld (WB). Zwangsimpfungen zur Eindämmung der Masern-Epidemie in Nordrhein-Westfalen hat der Vorsitzende der Ständigen Impfkommission am Robert Koch-Institut, Professor Dr. Heinz-Josef Schmitt (Universität Mainz), gefordert. Nach dem Infektionsschutzgesetz sei Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) schon jetzt ermächtigt, per Rechtsverordnung eine Impfpflicht einzuführen, sagte Schmitt dieser Zeitung.

Angesichts der steigenden Zahl der Masern-Erkrankungen in NRW erwäge die Landesregierung die Einführung einer Impfpflicht, hatte Laumann Freitag im Düsseldorfer Landtag erklärt. Derzeit werde eine landesweite Impfkampagne vorbereitet. Wenn die Aufklärung im nächsten Jahr keine Erfolge zeige, werde sein Haus Vorschläge zu einer Impfpflicht machen. Laumann brauche nicht bis 2008 zu warten, sagte Schmitt.

Amt lässt Vater nicht zum Sohn

Behörde ignoriert Gerichtsbeschluss – Anwältin reicht Beschwerde ein

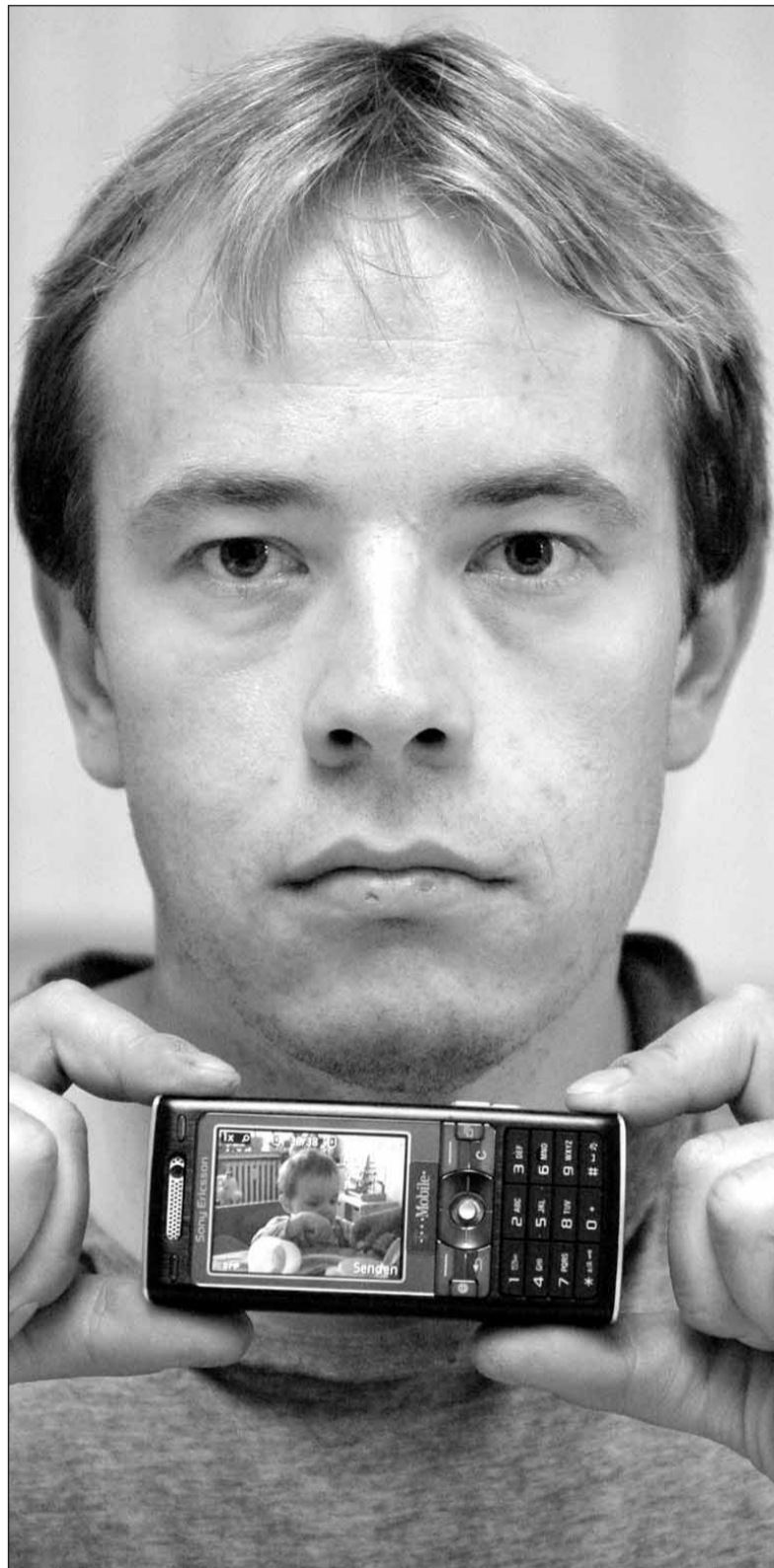
Von Christian Althoff

Herford (WB). Das Oberlandesgericht Hamm hat entschieden, dass ein Mann aus Herford seinen unehelichen Sohn (2) drei Stunden pro Monat sehen darf. Doch das Jugendamt Bünde hält sich nicht an den Gerichtsbeschluss.

Karl-Jörg K. (30) und seine Freundin hatten sich lange vor der Geburt ihres gemeinsamen Sohnes getrennt. »Dass ich Vater geworden war, erfuhr ich erst im Oktober 2005 durch einen Brief des Jugendamtes Bielefeld. Da war mein Sohn schon sechs Monate alt«, erinnert sich der Herforder, der als Lagerarbeiter beim Küchenhersteller Poggenpohl beschäftigt ist. Im ersten Moment habe er sich gefreut, sagt Karl-Jörg K., doch weiter unten im Brief habe gestanden, dass sein Kind schwerverletzt im Krankenhaus liege und bleibende Schäden nicht auszuschließen seien. Die Mutter und ihr neuer Lebensgefährte hatten das Baby ein paar Tage zuvor in die Kinderklinik Bethel gebracht. »Dort hatten Ärzte Gehirnblutungen in Folge eines Schütteltraumas festgestellt«, erinnert sich der Vater.

Die Staatsanwaltschaft leitete Ermittlungen gegen das Paar ein, und das Jugendamt nahm das Baby in Obhut. »Ich habe natürlich sofort beim Amtsgericht das Sorgerecht für meinen Jungen beantragt«, sagt Karl-Jörg K. Doch als Vater eines unehelichen Kindes hatte er keine Chance. Heike Knigge, Fachanwältin für Sozialrecht aus Herford: »In dem Gerichtstermin stimmte die Mutter zu, den Jungen in eine Pflegefamilie zu geben. Da die Frau damit gegenüber dem Kind verantwortungsvoll gehandelt hatte, sah das Gericht keinen Grund, ihr das Sorgerecht zu entziehen.« Der leibliche Vater ging leer aus: Er bekam nicht einmal ein Umgangsrecht. Die Ermittlungsverfahren gegen die Mutter und ihren neuen Freund wurden eingestellt, der Mann sitzt inzwischen in anderer Sache in Haft.

Das Urteil des Bielefelder Amtsgerichts hielten die Richter der nächsten Instanz nicht in allen Punkten für richtig. Der 1. Senat für Familiensachen am Oberlandesgericht Hamm verwies auf das Bürgerliche Gesetzbuch, das jeden Elternteil zum Umgang mit dem



Ein Foto seines zweijährigen Sohnes auf dem Handy – mehr hat Arbeiter Karl-Jörg K. aus Herford nicht von seinem Kind. Foto: Althoff.

Kind berechtigt und verpflichtet – es sei denn, dieses widerspricht dem Wohl des Kindes. Die drei Richter entschieden im Dezember 2006, dass der damals 21 Monate alte Junge wie vom Gutachter vorgeschlagen zunächst in Ruhe eine Beziehung zu seinen Pflegeel-

tern in Bünde aufbauen solle, bei denen das Kind seit September 2006 lebt. Für diese Eingewöhnung hielt das OLG sechs Monate für angemessen. In dem Beschluss heißt es, dass Karl-Jörg K. vom 1. März an seinen Sohn an jedem ersten Samstag im Monat für drei

Stunden sehen darf, wobei das Kind von seiner Pflegemutter oder dem Pflegevater begleitet werden soll.

Doch das Jugendamt Bünde, das diese Kontakte organisieren muss, tut das nicht. Rechtsanwältin Knigge: »Bis heute haben dem Vater neun Stunden zugestanden. Tatsächlich hat man ihn aber nur einmal zu seinem Kind gelassen, und das nur für 45 Minuten.« Karl-Jörg K.: »Für mich ist es schon schlimm genug, dass ich als leiblicher Vater nicht das Sorgerecht für meinen Jungen bekomme. Dass man jetzt aber auch noch verhindert, dass mein Sohn und ich uns kennenlernen und näherkommen, ist mir unbegreiflich – zumal das Gericht mir dieses Recht ja eingeräumt hat!«

Rechtsanwältin Knigge hat mehrfach Kontakt mit dem Jugendamt aufgenommen, ist aber immer verfrustet worden. »Die Leiterin hat mir sinngemäß erklärt, dass es sie nicht interessiere, was ein Gericht im fernen Hamm entschieden hat. Sie habe nur das Wohl des Kindes im Blick.«

Es ist eine Mischung von Wut und Verzweiflung, die Karl-Jörg K. dazu getrieben hat, mit seinem Fall an die Öffentlichkeit zu gehen. »Die Zeit rennt mir davon. Mein Sohn wird immer älter, und ich kann diese wichtigen ersten Jahre kaum miterleben!« Jeden Tag öffne er den Briefkasten in der Hoffnung, dass ihm das Jugendamt endlich einen Besuchstermin mitteile, um dann doch wieder enttäuscht in den leeren Kasten zu starren. »Ich denke nur noch an den Jungen. Mein Chef hat mich schon gerüffelt, weil ich in der Firma nicht bei der Sache bin.«

Nachdem Gespräche nichts genutzt haben, zieht Anwältin Heike Knigge jetzt alle Register: Sie hat beim Amtsgericht beantragt, ein Zwangsgeld gegen das Jugendamt festzusetzen, weil die Behörde den Beschluss des Oberlandesgerichts nicht umsetzt. Und sie hat eine Dienstaufsichtsbeschwerde an Bürgermeisterin Anett Kleindöpke-Güse geschickt. »Seit vier Wochen warte ich auf eine Antwort. Ich weiß nicht, warum die Stadt soviel Zeit braucht, um dafür zu sorgen, dass ein Gerichtsbeschluss umgesetzt wird!«

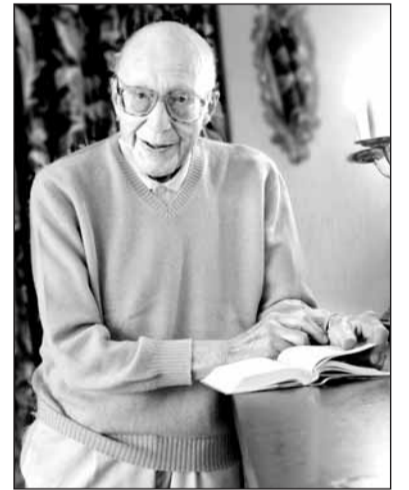
Um nichts unversucht zu lassen hat sich Karl-Jörg K. inzwischen auch an den Petitionsausschuss des Landtags gewandt. »Alles, was ich von meinem Sohn habe, ist ein Foto auf meinem Handy. Welchem Vater würde das genügen?«

Burg verwüstet: Täter gefasst

Detmold (WB/ca). Eine Woche, nachdem Randalierer die 800 Jahre alten Falkenburg in Detmold schwer beschädigt hatten, sind die Täter ermittelt. Polizeisprecher Uwe Bauer sagte am Freitag, etwa 20 Männer im Alter zwischen 17 und 22 Jahren hätten Christi Himmelfahrt an der Burgruine enorme Mengen Alkohols getrunken, ein harter Kern der Gruppe habe anschließend die gerade restaurierten Mauern eingerissen. »Die ersten Geständnisse liegen uns vor«, sagte Bauer. Die Falkenburg gilt als Wiege des Fürstentums Lippe. Archäologen hatten den von Randalierern verursachten Schaden auf 100 000 Euro geschätzt (WB vom 24. Mai). Möglicherweise beteiligen sich Täter nun an den Wiederaufbauarbeiten.

Krebsforscher mit 95 noch fit

Bielefeld (WB/mzh). Krebsforscher Prof. Dr. Dr. Norbert Brock aus Bielefeld wird an diesem Samstag 95 Jahre alt. »Mir geht's gut, ich mache jeden Tag eine halbe Stunde Nordic Walking im Wald!«, sagt der Jubilar. Brock ist einer der Pioniere der Chemotherapie. Bei den Asta-Werken in Bielefeld entwickelte der Facharzt für Innere Medizin Honvan – ein Präparat gegen Prostatakrebs, das 20 Jahre lang Marktführer war. Ähnliche Erfolge gelangen dem Forscher und seinem Team auch bei der Bekämpfung von Blut- und Lymphdrüsenkrebs. Trotz seiner 95 Jahre ist der Jubilar geistig noch topfit. Er liest Fachpublikationen, spielt Bridge und genießt die Zeit mit fünf Kindern, elf Enkeln und zwei Urenkeln.



Norbert Brock (95) aus Bielefeld ist ein Pionier der Krebsforschung.

Bewährungsstrafe nach Bombendrohung

Bad Driburg (WB/eb). Wegen einer Bombendrohung gegen die Linde AG hat das Landgericht Paderborn am Freitag einen Mann (64) aus Bad Driburg in zweiter Instanz zu einem Jahr und vier Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Das Schöffengericht Höxter hatte 2006 gegen den ehemals

selbstständigen Kaufmann 18 Monate Gefängnis ohne Bewährung verhängt. Ermittlungen hatten ergeben, dass die Bombendrohung, mit der eine Aktionärsversammlung bei der Linde AG »gesprengt« worden war, vom Handy des Angeklagten aus dem Raum Driburg gekommen war. Der Mann hatte

gegen das erste Urteil Berufung eingelegt und behauptet, zum Zeitpunkt des Anrufs in Spanien gewesen zu sein. Doch er verfiel sich in Widersprüchen und gab die Tat schließlich zu. Mit dem Anruf wollte er dem neuen Partner seiner Ex-Schwiegertochter schaden, der bei Linde arbeitet.

Züge zu unsauber und unpünktlich

Qualitätsbericht zum Nahverkehr

Von Peter Scheiberg

Herford (WB). Pünktlichkeit und Sauberkeit der Nahverkehrszüge in NRW lassen weiter zu wünschen übrig.

»Nachdem im letzten Qualitätsbericht eine positive Entwicklung zu verzeichnen war, ist der Trend nicht fortgesetzt worden«, heißt es im Qualitätsbericht 2005/2006 für den Schienenpersonennahverkehr (Spnv), der in der Verbandsversammlung des Verkehrsverbundes Ostwestfalen-Lippe (VVOWL) in Herford vorgelegt wurde.

Die Pünktlichkeitsquote sei mit 88,7 Prozent noch hinter den Wert aus dem Jahr 2004 (89,5 Prozent) zurückgefallen. Beim VVOWL verringerte sich die Quote um knapp einen Prozentpunkt. Die Pünktlichkeitsquote der Nordwestbahn betrug 93,6 Prozent, bei der Eurobahn 86,9 Prozent. Die Pünktlichkeit der Eurobahn (RB 71/73) ist abhängig von der ICE-Linie 10, da im Hauptbahnhof Bielefeld kein eigener Bahnsteig vorhanden ist.

Die Zahl ausgefallener Züge lag im Berichtsjahr exakt auf Vorjahresniveau. Durch die Konzentration auf nur wenige Monate im Jahr wirkten sich die Ausfälle auf die Fahrgäste »subjektiv negativer aus, als wären sie über das Jahr gleichmäßig verteilt«, stellten die

Nahverkehrsexperten fest. Deutlich mehr Züge als im Vorjahr sind im OWL-Verband ausgefallen, die Quote stieg um mehr als 0,2 Prozentpunkte. Grund waren Triebfahrzeug- und Wagenstörungen bei DB Regio sowie Baum Schäden oder Personen auf dem Gleis. Beim Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter (NPH) gab es eine leichte Verbesserung der Ausfallquote.

Trotz hoher Investitionen ins Netz sei 2006 keine grundlegende Verbesserung zu erkennen gewesen: »Langsamfahrstellen werden beseitigt, gleichzeitig tauchen aber neue auf«, heißt es im Qualitätsbericht: »Eine Verbesserung ist nur beim Grünschnitt zu erkennen, der mittlerweile wieder gründlich durchgeführt wird und so einen sicheren Betrieb ermöglicht.«

Gegenüber der Untersuchung von 2004 hat sich die Meinung der Befragten zum Eisenbahn-Angebot sowie zum Nahverkehrsangebot am Wohnort leicht verbessert. Schlechter wurde die Sauberkeit in den Fahrzeugen sowie deren Ausstattung bewertet.

»Bei der Pünktlichkeit liegen wir nicht an der Spitze«, räumt VVOWL-Geschäftsführer Ludger Siemer ein. Dies sei aber auch darauf zurückzuführen, dass viele Züge auf der Hauptstrecke führen: »Und da hängt viel von der Pünktlichkeit des Fernverkehrs ab.«



Im Kreis Mettmann wurden bis Freitag fast 80 Prozent aller Impfbücher der Schüler kontrolliert. Die Überprüfung dauert an. Foto: Simone Bahmann